

Verantwortl. Redakteur: H. D. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: H. Brakmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis:
in Stettin monatlich 50 Pf., mit Botenlohn 70 Pf.,
halbjährlich 1 Mrk. 50 Pf., mit Botenlohn 2 Mrk.

Anzeigen: die Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Reklamen 30 Pf.

Das Jubiläum Kaiser Franz
Josef's.

Der geistige Festtag wurde in Wien in der Frühe mit Geschüßablen und Revellen sämtlicher Militärkapellen eingeleitet. Seit dem frühen Morgen war das Straßenbild ein sehr belebtes. Die Stadt Wien zeigte ein festes Festkleid. Sämtliche Schulen veranalteten nach dem Gottesdienst Schulfestern. Die Kinder sind zumeist mit schwarz-gelben oder weiß-rothen Schleifen oder den Gedenkmedaillen vom Kinderfestzug geschmückt. Um 9 Uhr Vormittag fand in der Hofburg-Kirche Garnison-Gottesdienst statt, an welchem die Erzherzoge, der kriegsmittler, die Spitzen des Militärs, zahlreiche Offiziere, Vertreter der städtischen Behörden z. theilnahmen. Nach dem Gottesdienste feierten die Truppen in ihre Kasernen zurück, wo dann die feierliche Ausgabe der Jubiläums-Gedenkmedaillen erfolgte. In sämtlichen katholischen Kirchen fand gestern feierliches Hochamt statt mit Lebeum. In der Deutsch-Ordenskirche erschienen zu demselben auch der Deutschmeister Erzherzog Eugen und sämtliche Ordensritter. Auch in den Gotteshäusern aller übrigen Wien und Konfessionen wurden feierliche Gottesdienste abgehalten. In der Frühe hat bereits ein von der theologischen Fakultät der Universität veranstalteter Festgottesdienst stattgefunden. Später hielten die Senate sämtlicher Wiener Hochschule Festsitzungen ab. Aus sämtlichen Provinzhauptstädten liefen Meldungen ein über gleich feierliche Begehung des Tages. Alle Staats- und Militär-Etablissements feiern. Ueberall begehrt die Bevölkerung den Tag als Festtag.

Der Gemeinderath hielt Mittags im Festsaale des Rathhauses eine Guldigungsfeier ab. Bürgermeister Dr. Rueger hielt die Festrede, in welcher er ein Bild des Aufschwunges der Stadt Wien während der Regierungszeit des Kaisers, sowie eine eingehende Darstellung der hervorragenden Wirksamkeit des Kaisers Franz Josef zum Wohle der Stadt gab, und der unmanöbelbaren Treue und Ergebenheit für den Kaiser Ausdruck verlieh. Die Rede klang in eine stürmisch aufgenommenes Hoch auf den Kaiser aus. Im Anschlusse daran kam ein aus 30 Mitgliedern bestehender Sängerbund den ersten Vers des Kaiserliedes, in welchen die ganze Versammlung einstimmte. Damit schloß die Feier.

Die neuerbaute evangelische Kirche: Frau
Josef-Zubillaguskirche in Währing wurde gestern
Vormittag in Anwesenheit des Statthalters
Landmarschalls, Bürgermeisters und anderer
Würdenträger feierlich eingeweiht. In der Predigt
predigt wies der Geistliche Dr. Johann auf den
freudigen Anlaß hin, mit dem die Kirche eröffnet
wurde. Die kirchliche Feier schloß mit der An-
singung der Volkshymne.

Die Illumination am Abend trug zwar das Gepräge der Improvisation, aber trotzdem gestaltete sie Wien zu einem wahrhaft großartigen Schauspiel. Die Stadt bot im Schmuck der Millionen von Lichtern einen feenhaften Anblick. Bis in die entferntesten Vororte verläufliche Fenster erleuchtete. Durch beleuchtete Schmuck zeichneten sich zahlreiche öffentliche und private Gebäude aus. Auf der Ringstraße brannte das Gas in Flammeau. Das Rathaus, von tausenden von Kerzen beleuchtet, bot einen besonders fesselnden Anblick. Ein mächtiger Eindruck machte die bis in die Spitze der Thürme beleuchtete Hofkirche. In den Auslagefenstern der Geschäfte und in zahlreichen Fenstern von Privathäusern waren Kaiserbildnisse zu bemerken, vom heischelbeinsten Velud bis zu Marmorbüsten von künstlerischer Ausführung. Die Schaufenster gähnten nach Humberttausenden. In einzelnen Punkten der Ringstraße kam es lebensgefährlichem Gedränge. Die englische Gasgesellschaft brannte längs der ganzen Ringstraße Gasfadeln. Vorwiegend war bei den großen Gebäuden elektrische Beleuchtung angewendet worden. Vom Kaiserberge her leuchtete Söhenfeier. Von 7 Uhr an ruhte der inneren Stadt der gesamte Wagenverkehr. Ueberall sang die Menge in tausendstimmiger Chor die Kaiserhymne. Größere Unfälle sind zu verzeichnen.

Aus Anlaß des kaiserl. Jubiläums sind eine große Anzahl Stiftungen ins Leben gerufen worden. Dieselben übersteigen bereits die Summe von 30 Millionen Gulden.

Das „Militär-Verordnungsblatt“ beröffentlicht weiter die Verleihung des Großkreuzes des Stiefansordens an den Reichskriegsminister Grafen von Krieghammer, des Militär-Verdienstkreuzes in Brillanten an die Generale Kavallerie Freiherr von Appel und Graf von Ferner des Militär-Verdienstkreuzes an die Generäle Herzog Franz Ferdinand, Eugen, Otto, Leopold Salvator und Ferdinand. Ernannt wurde Herzog Albrecht von Württemberg zum Ober-Inhaber des 73. Regiments und Grafen Franz Ferdinand zum Ober-Inhaber des Artillerie-Regiments. Verliehen wurde dem Orden der Eisernen Krone 1. Klasse an Marinekommandanten Freiherrn von Baum-

In Pest wurde das Regierungsjubiläum durch Festgottesdienste in allen Kirchen durch Festmessen in den Kaffeen gefeiert. In denselben wohnten die Minister, die fremden Konsuln, die Behörden, das ganze Offizierscorps und die Mannschaften der Garnison bei. Denselben erfolgte die Vertheilung der Jubiläumsgeldalien. Auch in den Provinzstädten fanden ähnliche Feste statt.

In Prag wurde die Feier des Regimentsjubiläums des Kaisers von einer Anzahl Studenten am Donnerstag zu Stundegebungen bei etwa um 8 1/2 Uhr Abends sammeln sich vor dem Jellachig-Denkmahl, wo sie H. „Hoch dem König von Kroatien! Hoch Jellachig! Abzug Magyaren!“ ausstießen. Dann zogen die kroatische Hymne singend, durch die J. zur Gumbutzgasse, wo sie von Polizisten aufgehalten und in die J. zurückgeführt wurde. Hier wartet wurden, die sie wiederholt zum An- anbegehren aufforderten. Als dies erfolglos blieb, machten die Polizisten von der bl. Waffe Gebrauch. Es kam zu einer Schlägerei, wobei die Studenten in die Flucht gezwungen wurden und auf dem Plage Hüte und E zurückließen. Eine nach Tausende zählende Menschenmenge, welche die Straße füllte, dem Vorgange vollkommen theilnahmlos. Später sammelten sich die Studenten wieder

der Universität und hielten Reden, ohne daß es zu sonstigen Zwischenfällen kam. Gleichzeitig fanden Kundgebungen in den anderen Stadttheilen anläßlich der bevorstehenden Landtags-ergänzungswahl im III. Bezirke zu Gunsten Meiners von der Rechtspartei statt; es wurden einige Verhaftungen vorgenommen.

Rom. 2. Dezember. König Humbert stattete heute dem österreichisch-ungarischen Botschafter Frhrn. v. Pasetti einen einstündigen Besuch ab und wiederholte ihm gegenüber die Glückwünsche, die er bereits direkt Kaiser Franz Josef zugeandt hatte. Der König überreichte dem Botschafter persönlich das Großkreuz des St. Mauritius- und Lazarus-Ordens.

Ausschuß des deutschen
Handelstaats.

Der Ausbruch des deutschen Handelslagers hielt gestern in Berlin unter dem Vorsitz des Präsidenten, Geh. Kommerzienraths Frenkel, eine Sitzung. Nach Erledigung geschäftlicher Angelegenheiten wurde über folgende Gegenstände der Tagesordnung verhandelt:

Prüfungs-Ordnung für Einjährig-Freiwillige. Der deutsche Verband für das kaufmännische Unterrichtsweesen giebt anheim, seinen an den Bundesrath gerichteten Antrag zu unterstützen, daß bei der Prüfung zur Erlangung des Einjährig-Freiwilligenzeugnisses ein Ertrag von allgemein bitüden Gegenständen durch kaufmännisch-fachliche Gegenstände zugelassen werde. Es wird folgender Beschlußantrag angenommen: Der Ansbich hat sich mit dem Antrage des deutschen Verbandes für das kaufmännische Unterrichtsweesen beschäftigt aber der Ansicht, in dieser Sache ein eigenes Vororehen 2. A. zu unterlassen.

Wasserbauverwaltung in Preußen. Es wird einstimmig beschlossen, die Frage auf die Tagesordnung der nächsten Plenarversammlung des heutigen Handelstages zu setzen. Zur Aufstellung der betreffenden Vorschläge wird eine Kommission, bestehend aus dem Herrn Präsidenten und den Herren Geh. Rathen Goepfer und Auel, eingeleitet.

Bestimmungen über die Grenze des Kleinwerbes. Nach eingehender Erörterung der Frage auf Grund eines umfassenden von dem Generalsekretär Herrn Dr. Seelherer erstatteten Referates wird der von demselben formulierte Beschluß-Antrag angenommen, er lautet: „Daß die Landesregierungen auf Grund des Handelsgesetzbuchs vom 10. Mai 1897 Bestimmungen erlassen, durch welche die Grenze des von den Vorchriften über die Firmen, die Handelsbücher und die Procura sowie den handelsrechtlichen Bestimmungen über die Herabsetzung der Vertragsstrafe, die Einrede der Vorauszahlung des Bürgen und die Schriftlichkeit der Virginal des Schulverprechens und des Schutzanerkennungsscheins (§ 351 des Handelsgesetzbuchs) befreiten Kleinwerbes nach selbst festgesetzt wird, capspflichtig ist. Die Befreiung nach dem Geschäftsumfange bietet, soweit sie überhaupt vorhanden ist, keine Merkmale, von denen man in allen Fällen die Zugehörigkeit eines Betriebes zum Kleinwerbe abhängig machen dürfte, und auf andere Merkmale, die dies ermöglichen, giebt es keine. Die Abgrenzung des Kleinwerbes durch feste Bestimmungen, bei denen auch die von den Landesregierungen zum Schaden der Rechtseinheit erheblich von einander abweichenden, würde unrichtige Entscheidungen veranlassen, als verhiteten. Es möge daher von den Organen des Handelsstandes zu unterstützen Gerichten überlassen bleiben, nach freiem Ermessen über die Zugehörigkeit eines Betriebes zum Kleinwerbe zu entscheiden, worin in Betracht kommt, ob der Betrieb seines Umfangs nach, der Befreiung seines Inhabers von den bezeichneten Vorschriften und Bestimmungen nach den Umständen des Geschäftes anzurechnen ist.“

Vorbereitung der Handelsverträge. Bekanntlich hatte die Handelskammer zu Heidelberg ein hierauf bezügliches Schreiben an den deutschen Handelsstag gerichtet. Von einer anderen Handelskammer ist ein ebenfalls freundliches Schreiben eingegangen, in dem die Rechte der Handelskammern und der sonstigen öffentlich anerkannten wirtschaftlichen Körperschaften zur Vorbereitung von Handelsverträgen zugewogen zu werden, betont und das Präsidium des Handelsstages gebeten wird, selbst Ermittlungen über die Wünsche eines bestimmten Wirtschaftszweiges in Bezug auf einen neuen Vertrag in Erwägung zu ziehen. Die Westfälische Kaufmannschaft zu Magdeburg bittet dahinzuwirken, daß der Entwurf eines neuen Zolltarifs, falls er, wie verlangt, bereits ausgearbeitet sei, den offiziellen Handelsvertreterungen zur Begutachtung unterbreitet werde, ferner die Bestimmungen darüber einzutragen, ob die Mitglieder sich die Herstellung engerer wirtschaftlicher Beziehungen zu den Vereinigten Staaten von Amerika und zu Großbritannien anlegen lassen und in welcher Weise eventuell diese Bestrebungen durch Sammlung von Material und Aufklärung der öffentlichen Meinung unterstützt werden könnten. Die vorstehenden Angaben werden von dem Generalsekretär H. Dr. Soerbeer weiter und eingehend erläutert. Der Ausdruckspricht sein Einverständnis mit den Ausführungen des Herrn Berichterstatters und beschließt, die Handelskammern zu fordern, dem Handelsstage Alles zur Verfügung zu bringen bezw. diejenigen Mitglieder beim Handelsstage einzubringen, die irgend einen Bezug auf den Abschluß der künftigen Handelsverträge und die Vorbereitung dieses Abschlusses haben. Es wird ferner beschlossen, schriftliche Bitten an das Reichsamt des Innern zu richten, das neue Zolltarifschema so schnellstens als möglich dem deutschen Handelsstage und den Handelskammern zur Begutachtung zugehen zu lassen.

Die Vorgänge in Frankreich.

Auf den verhängnißvollen Einfluß, den
frühere französische Kriegsmi-
nister, auf die Drehfi-
geleit hat, ist bereits hingewiesen worden.
Aufaffung, daß die hauptfächliche Schuld
ungerechten Verurtheilung des Kapitäns Dr.
dem General Mercier zur Last fällt, bricht

den auch immer weiteren Kreisen Frankreichs Bahn. War es doch, der das Kriegsgericht im Jahre 1894 in einer ungesegneten Weise beeinflusste und seine Kollegen im Kabinett ohne jede Kenntniß über die thatsächlichen Vorgänge ließ. General Mercier hatte nun noch die Stern, in seiner jüngsten Abtheilungsrede in Le Mann Deutschland zu verdächtigen, als ob aus Anlaß der Medisationsangelegenheit Angriffspläne gegen Frankreich liegen könnte. Während nun aber dieser General sich von seinen Offizieren feiern ließ, wird er in der Pariser Presse wegen seiner Rede derb abgefertigt, und es ist bezeichnend, daß Blätter wie der „Figaro“ und die „Autorité“ Casagagnas sich am schärfsten ausdrücken. Paul de Casagagnas fällt in der „Autorité“ über den ehemaligen Kriegsminister her, der so leichtsinnig den Prozeß gegen Dreyfus einleiten ließ und obendrein sich eines ungesegneten Verfahrens schuldig machte, indem er den Richtern im entscheidenden Augenblick ein geheimes Dokument zur Einsicht sandte. Der Bonapartismus meint, wenn es auch Sitte sei, daß einem Korpsbefehlshaber bei seinem Rücktritt ein Ehrengelde zu Theil werde, so hätte man den „Dummkopf von Mercier“, der beinahe einen Bürgerkrieg in Frankreich entfesselt hätte, ohne Pünkt und ohne Kompimente ziehen lassen und Gott dafür danken sollen, daß man ihn endlich los ist. Dann hätte er auch keine Gelegenheit gehabt, den Rechtsergänzungsvertrag zu machen, der thatsächlich eine Herausforderung der öffentlichen Meinung ist. Der „Temps“ bringt seinen Tadel in einer gemäßigteren Form vor, ist aber darum nicht weniger streng gegen den Kriegsminister von 1894. „General Mercier“ liebt man hier, „belaßt sich bitter über die Intellektuellen und ihre Wortklauberereien. Die Wortklauberereien ist bald gesagt. Es fragt sich aber ob Frankreich sich seit Monaten nur wegen Wortklauberereien aufregen und ängstigen läßt. Ent-

sich in Westphalen auszubilden, hätte General
Mercier besser daran gelegen, deutlich zu sprechen,
denn er hat entweder dem Kriegsgerichte nach
Schluß der Verhandlungen geheime Dokumente
mitgeteilt, oder er hat dies nicht getan. So-
mit die Mitteilung stattgefunden, so darf er sich
berühmende Umstände beanpruchen, aber er hat keine
Grund, darauf stolz zu sein. Ist die Mitthei-
lung unterblieben, so erfolgt daraus, daß der
ganze Dreyfus-Prozess sich auf das Bordereau
d. i. ein belangloses Ding, stütze. Alle de-
nach sei, so will uns befehlen, zwei Dinge sei-
gleich unzulässig, daß man nämlich einen Pro-
zess im Prozeßverfahren benutzt, um das Ge-
heim zu schmälern, oder daß man die dem Heere
seinen Führen schuldige Achtung wahrnimmt,
um schreiende Ungelegenheiten zu heben und die
welche sie beagangen haben, der Pflicht entbeh-
rend welche Aufklärung zu geben."

In den Wandelgängen des Senats hieß gestern, Senator Jodre beabsichtige, über die Affaire Picquart zu interpellieren, und zwar unterbrochen das Umfandes, daß der Reichstag das Kassationshofes betreffend Dreyfus das Urtheil gegen Picquart beeinflussen könne.

Die Geheimthalen werden, da Loem der Kriegsminister genügende Bürgschaften für ihre Geheimhaltung geboten hat, heute beim Kassationshof vorgelegt werden.

Man spricht in den Kammerkouloirs von dem bevorstehenden Rücktritt Zurlindens. Biquart wurden gestern nach der Vermählung große Ovationen dargebracht.

Aus dem Reiche.

Die Großherzogin von Baden, die einzige Tochter Kaiser Wilhelms I., feiert ihren 60. Geburtstag. Seit dem 20. September 1856 ist sie mit dem Großherzog Friedrich von Baden vermählt. Aus dieser Ehe sind der Großherzog Friedrich und die Prinzessin Viktoria die Gemahlin des Kronprinzen von Schweden und Norwegen, hervorgegangen. — Thüringer Blätter verzeichnen das in Altenburg seit eini-

Wochen erbreitete Gerücht, daß sich **Prinz Ernst**, der jetzt im Alter von 72 Jahren lebt, und vor Jahresfrist seine Gemahlin, die älteste Schwester des Prinzen Friedrich Karl von Preußen, durch den Tod verlor, noch einmal vermählen würde, und zwar wird die jüngste Tochter seiner Kousine, Prinzess Mary von Hannover, Schwester des Herzogs von Cumberland, als Fürstin bezeichnet, auf die des Herzogs Wittwen fallen würde. Prinzess Mary, die im Dezember das 49. Jahr vollendet, lebt mit ihrer Mutter in einer Villa am Oberrand der See. Der Prinz Ernst verlebte kürzlich in Gmunden. Zur Zeit hält sich der Herzog in Leipzig zum Gebrauche der mechanisch-mechanischen Apparate im Dr. M. W. Zoch'schen Institut auf. Bekanntlich hat Prinz Ernst vor Kurzem auf sein einziges Kind, die Prinzessin Albrecht von Preußen, durch den Tod verloren. Thronfolger ist sein Bruder, Prinz Wlady (geboren 1829), beziehungsweise der Sohn, Prinz Ernst, der gegenwärtig in Potsdam in Garnison steht. — Der Großherzog von Baden war hat den **Bischof von Fulda**, Ende nachdem er den geistlichen Erbköniglichen Generalvikar, in dieser Eigenschaft auch für die katholischen Gemeinden des Großherzogthums betraut. — Das kirchliche Amtsblatt der Diözese Venedig veröffentlicht ein Schreiben des Bischofs von Fiume, betr. die Aufhebung einer Kollekte **für den Papst**. Die Kollekte soll am nächsten Fest der Unbefleckten Empfängnis Mariä bei jedem Gottesdienste abgehalten werden. Wie bereits gemeldet, haben auch andere Bischöfe der Peterskammer veranlaßt, weil in letzter der Peterskammer nicht mehr ausgereicht hat. — Bei den gerichtlichen Verhandlungen über **Malkrawalle in Erfurt** hatte der als Justizvernommener Polizeizuspecteur Metzger u. A. behauptet, die Stadtverordneten seien mit der Schuld an den Straßenkrawallen, weil ein von ihnen aufreizende Reden gegen ihn als Polizeizuspecteur und gegen die Polizei überhaupt gehalten hätten. In der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten wies der Vorsitzende des Ausschusses diese Behauptung des Polizeizuspecteurs als eines „untergeordneten Beamten“ unter gemeiner Zustimmung „energisch“ zurück; der Oberbürgermeister D. Schmidt sprach Bedauern über die Aeußerung des Polizeizuspecteurs aus. — Der Bau einer Eisenbahn **von Libau nach Polangen** ist nunmehr gesichert und soll schon im nächsten Jahre in Angriff genommen werden. — Bei den ge-

Landtagsvergnahmen in Mannheim wurden gemeldet: In Donaueschingen Landgerichtspräsident Fischer, in Weßling Ministerialrat Staub, in Mosbach Landgerichtsrath Obkircher, sämtlich nationalliberal. — Im badischen Landwirthschaftsrat wurden folgende Fragen zur Beantwortung gestellt: Hat sich ein Mangel an Angebot von Vieh gezeigt und ist es richtig, daß in Folge der **Grenzheerre** ein Mangel von Schlachtwiehe eingetreten ist? Wie das von einer solchen Versammlung nicht anders zu erwarten war, wurden diese Fragen verneint.

Deutschland.

Berlin, 3. Dezember. Der Kommandeur des Kaiser Franz Garde-Grenadier-Regiments Nr. 2, Oberst und Flügeladjutant v. Schwarzkoppen, ließ nach der kirchlichen Feier in der St. Hedwigskirche gelten das Regiment auf dem Hofe der Kaserne in der Blücherstraße antreten, hielt eine längere Ansprache, die auf das 50jährige Regierungsjubiläum des Regimentsheers, des Kaisers Franz Josef I. von Oesterreich, auf dessen lange Zugehörigkeit und Beziehungen zum Regiment Bezug hatte, und brachte dann auf den kaiserlichen Jubilar ein dreifaches Hoch aus, in das die Regimentsmusik mit der österreichischen Nationalhymne einfiel. Wegen der Hoftrauer in der österreichischen Kaiserfamilie mußte von einer weiteren Feier Abstand genommen werden. Dagegen waren die Mannschaften für den Tag vom weiteren Dienst befreit.

— Die Pariser Blätter beschäftigen sich mit der Rede des Grafen Thun und betrachten sie als eine Forderung des Dreibundes.

Franfreich.

Paris, 2. Dezember. Deputirtenkammer. Gauthier (Republikaner) brachte einen Antrag ein, wonach die Wahlen zum Senat nach dem Grundsatze des allgemeinen Wahlrechts erfolgen sollen, und verlangt für seinen Antrag die Dringlichkeit. Dupuy bekämpfte die Dringlichkeit, indem er erklärte, die Kammer werde es sich doch zweimal überlegen, ehe sie sich über einen Antrag schlüssig mache, welcher die Grundlage für die Wahlen zur anderen gesetzgebenden Körperschaft zu verändern bezweckt. Breton bemerkte, der Antrag sei ein Gelegenheitsantrag, gegen welche Bemerkung Gauthier protestirte. Die Dringlichkeit wurde mit 248 gegen 228 Stimmen beschloffen. Hierauf trat das Haus in die Tagesordnung ein.

Die gestern zur Verabreichung der Steuerreform gewählte Kommission, welche beauftragt ist, die Einkommensteuervorlage des Finanzministeriums begutachten zu prüfen, wählte Roubier zum Vorsitzenden. Die zur Prüfung der Unterrichtsvorlagen gewählte Kommission wählte Ribot zum Vorsitzenden.

Die spanisch-amerikanische Friedenskommission begann heute über die Feststellung des Abkommens für den Friedensvertrag zu beraten; die Arbeiten der Kommission dürften noch etwa sechs Tage in Anspruch nehmen.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 3. Dezember. Der Großschiffahrtsweg Berlin—Stettin und die Mittelland—Stenal beschäftigten gestern die Magistrat von Charlottenburg wegen der beiden Wasserstraßen von der Stadt Charlottenburg verlangten Beihilfen. Der Magistrat beschloß, der „Charl. Bürger-Ztg.“ anzufohren, für den Großschiffahrtsweg Berlin—Stettin jede Beihilfe abzugeben, falls die Linie zur Ausführung käme. Dagegen hat sich der Magistrat zur Herabgabe einer Beitragsquote für das Projekt bereit erklärt, die nach dem Verhältnis der Charlottenburger Einwohnerzahl zur Bevölkerung der Mittelland—Magdeburg—Berlin) hat der Magistrat gestern einen bestimmten Beitrag gefordert, der sich ebenfalls in dem Verhältnis der Einwohnerzahl zur Berliner Bevölkerung und den Anteil des von Berlin zu leistenden Gesamtbetrages darstellt. Der Magistrat hat außerdem beschlossen, dem Zentralverein für Binnenverkehr als Mitglied beizutreten. Ebenso hat die Vertreter der Schiffahrt auf die Frage der Linienführung des Großschiffahrtsweges Berlin—Stettin ebenfalls Stellung genommen. Der „Magdeburger Schifferverein“ hat in seiner letzten Sitzung die nachfolgende Resolution angenommen: „Der „Magdeburger Schifferverein“ erachtet die Schaffung eines Großschiffahrtsweges von Berlin nach Stettin für Schiffe von 600 Tonnen als sehr wichtig im Interesse der weiteren Entwicklung des Verkehrs für notwendig und vertritt die Ansicht, daß von den vorhandenen Projekten derjenige in östlicher Linienführung in der Ausführung, daß dasselbe einen Anschluß an projektirten Teltower Kanal findet, den Vorzug vor dem Projekt in westlicher Linienführung geben werden muß, da ersteres Projekt die in günstigerer Weise als bisher mit Stettin verbindet und gleichzeitig unter Umgehung Berlin den Osten und Südosten Preußens wesentlich näher bringt.“

— In der ersten Unterstüßung der Volkswirtschaftlichen Gesellschaft, welche unter dem Vorsitz des Herrn Stadtr. Dr. M. Weigert am 30. November im Festsaal des Künstlerhauses stattfand, sprach, nach der Wiederwahl des bisherigen Vorstandes Dr. Alexander Meyer über das Thema „Die Gerechtigkeit in der Volkswirtschaft“. Der Vortragende knüpfte die unter dem gleichen Titel zuerst im J. 1880 veröffentlichte Abhandlung des Prof. Schmoller an, von der er anerkannte, daß dieselbe sehr anregend und im Ganzen maßvoll viele zutreffende Ausführungen enthalte, die auch zu stimmen könne und, unter Vermeidung von Kraftworten, von vornherein manche der liegenden Einwendungen berücksichtige. Der Hauptpunkt der vorhandenen Differenz liege in der Auffassung Schmollers, daß der Staat die Aufgabe habe, auf eine gerechtere Vertheilung der Einkommen und Vermögen hinzuwirken und eine Umwidmung der wirtschaftlichen Institute in diesem Sinne nöthig sei. Jede gute, zu nützlicher Gesetzgebung werde auch die Wissenschaft haben, die gerechte Vertheilung zu fördern, die Forderung, daß der Staat mit seiner Gesetzgebung ausschließlich diesen Zweck verfolgen

Forderung sei gefährlich. Man müßte sich hüten, die Idee der Gerechtigkeit anzutasten, die eine der erhabensten menschlichen Ideen sei, aber sie schaffe zwar in unserem Gemüthe sehr starke Empfindungen, in unserem Verstande jedoch sehr unklare Vorstellungen. In jedem einzelnen Falle erhebe sich derselbe Widerstreit über die gleiche Behandlung gleicher Dinge, wie in der Erzählung von der Stuh Alexanders. Eine wahre Ver messenheit würde es sein, von Gesezes wegen eine „gerechte“ Verteilung des Einkommens zwischen den einzelnen Faktoren der wirtschaftlichen Pro duction — Handarbeit, qualifizierte Arbeit, Grün dung, Unternehmung, Kapital — und ebenso zwischen anderen Kreisen: — Gelehrten, Beamten, Ärzten, Lehrern — vornehmen zu wollen. Schmollers Anspruch, eine Zapftaube aus alte Kultur habe, antwortsnd an den sich löuendern Grundfals der Gerechtigkeit, die Normen des Ver kehrs geschaffen, verkehre Ursache und Wirkung, der durch den wirtschaftlichen Nutzen bewirkte Uebergang von der Barbarei zum staatlichen Leben habe die Folge gehabt, daß die Vorstellungen von der Gerechtigkeit sich geläutert. Für die Gesez gebung müsse in erster Linie das Vernünftige stehen, d. h. was nützt, uns und andern nützt. Die geistige und sittliche Hebung der Massen sei vor Allem ein wirtschaftliches Interesse, weil sich die Menschen nützlicher und brauchbarer machen. gute Wirtschaftlichkeit und hohe Sittlichkeit bedin gen sich in ihren Forderungen. Jering habe in einem treffenden Bilde darauf hingewiesen, daß trotz des Infamismus nur ein winziges Thierchen sei, aber ganze Gebirge bane, so der einzelne Mensch nur eine winzige Kraft darstelle, aber doch die Kultur baue. Aufgabe der Gesezgebung sei, offenbar Schädliches zu beseitigen und die Grundfals zu gewähren, auf der der Verkehr der möglichst grozen Nutzen stiften könne; sie werde damit thätiglich gerechter wirken, als wenn sie durch Experimente unsere Zustände dem Ideal einer angeblich gerechten Verteilung von Ein kommen und Vermögen nähern wolle. — An der Diskussion theilgenommen sich Dr. C o h n, der sich eine stärkere Berücksichtigung der Gerechtigkeit in der Gesezgebung als bisher eintrat, und Abge ordneter Dr. F. h. B a r t h, der darauf hinwies, daß in der praktischen Politik die Entscheidung über das, was als gerecht anzusehen sei, immer eine Machtfrage sei, und daß gerade die Verei nigung angeblicher Gerechtigkeit der ärgsten In teressenpolitik in unserer Gesezgebung die Vorse gebrochen habe.

— Die Vorstände sämtlicher Bezirksvereine der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger sind für Dienstag nach Berlin berufen, um die durch das vor einigen Wochen erfolgte Vertheilen des Konfisk. H. Meier-Bremens, des hochverdienenden Gründers und langjährigen „Vorstehers“ der genannten Gesellschaft, nöthig werdende Neuordnung und Neuwahl des Vorstandes vorzunehmen.

— Im Beisein der Herren Generalsuperintendent Dr. Pötter * Stettin, Pastor Meinholt * Stettin, Superintendent Klar-Gard, Superintendent Plandsdorf-Schlau, Pastor Wenzel und Pastor Wedder, beide aus Pommern, sowie einer größeren Zahl Geistlichen aus der Umgegend fand am Donnerstag in dem von Herrn Baron v. Genben-Plagwitz in entgeltlich hergegebenen Gebäude die feierliche Einweihung des ersten pommerschen Trink-Alyhs „Eisenhof“ bei Pollnow statt. In der Einrichtung des Alyhs ist eine vorzügliche Bemessung ist nur für 12. Personen Anm., daß es augenblicklich befest ist. Eine Vergrößerung der Anstalt ist bereits in Aussicht genommen. Die Pension beträgt inkl. Wäsche pro Person 300 Mk. für das Jahr.

— Der Magistrat erläßt eine Bekanntmachung, um die Persönlichkeit eines unbekannten Frau festzustellen; wie bereits mitgeteilt, befindet sich im Grabower Armenhaus eine aufsehende aus der Gegend von Stargard i. Pom. mit der Eisenbahn nach Stettin gerade demüthlicht nach Grabow gefahrene taubstumme Frauensperzel, welche nach einem bei ihr vorhandenen Zettel den Namen Emilie Dietmar führt. Andererseits Personalien derselben nicht festzustellen. Sie ist etwa 60 Jahre von großer Statur, mit einem schwarzen Haar und einer blauen, mit Sammt besetzten Tuchhülle bedeckt, und trägt ein blaues Gefirnisch.

Die Ziehung der „Wohlfahrts-Lotterie“ zu Zwecken der deutschen Sammelgesellschaften wurde gestern beendet. Die offiziellen Gewinnergebnisse wurden am Dienstag zur Kenntnis der Öffentlichkeit gegeben. Das große Loos von 100 000 Mark fiel an München, der zweite Hauptgewinn von 50 000 Mark nach Gießen.

* Für die den Weihnachtstag unmittelbar vorausgehenden drei Sonntage sind auch in diesem Jahre, den allgemeinen gezeigten Bestimmungen entsprechend, weitgehende Erleichterungen für die Beschäftigung von Cigarrenhülfern, Lehrlingen und Arbeiterinnen im Handelsgewerbe sowie im Gemeinbetrieb in offenen Verkaufsstellen gewährt worden. Darnach ist am 4. Dezember gegeben die Zeit von 7 Uhr Morgens bis 7 Uhr Abends mit Ausschluß der Zeit für den Gottesdienst von 9½ Uhr Vormittags bis 12½ Mittags. Am 11. und 18. Dezember folgt eine Freigabe für die Zeit von 7 Uhr Morgens bis 9 Uhr Abends mit Ausschluß der Zeit von 9½ Uhr Morgens bis 12 Uhr Mittags und von 1 bis 3 Uhr Nachmittags.

* Durch Polizeiverfügung wird der Export von Schlempe, Brannt, Küchenaussäßen j ähnlichen Stoffen verboten und unter Strafe stellt. Ebenso unterliegt der Transport solcher Stoffe auf Wagen, welche Milch mitführen, gewissen Beschränkungen, es müssen dafür in besondere dicht schließende Behälter vorhanden sein. * Wir verhehlen nicht, nochmals auf für Dienstag, den 6. Dezember, von der Wirschenen Gasmwirtsch. Vereinigung angekündigte Konzert in der Pilsbarn zum Besten der Jagd- und Fortbildungs-der hinzuzusehen.

* Der Sängerkhor des Städt. Handwerkervereins, dessen Leitung den Händen des Herrn Lehrer Schräte veranlaßt am kommenden Montag, den 5. Dezember, in der Hülsharmonie ein größeres Konzert. Zur Mitwirkung ist die stappele Artillerie-Regiments (Dirigent Herr Stapellunger) gewonnen worden, dieselbe wird Anzahl dankbarer Instrumentalsätze zu

